



Statements aus der Friedensbewegung Zur Situation in der Ukraine/ Krim-Krise

Statements von Mitwirkenden der Kooperation für den Frieden:

- „Kooperation statt Konfrontation, zivile Konfliktbearbeitung statt Sanktionen“ (Erklärung Kooperation für den Frieden, 17.03.14) S. 2-3
- „Überlegungen zum Ukraine-Konflikt– eine Diskussionsgrundlage“ (Andreas Buro, Komitee für Grundrechte, 13.03.14) S. 4-6
- „Die Konfrontation in und um die Ukraine nimmt zu“ (Otmar Steinbicker, aixpaix.de, 10.03.14) S. 7
- „Sofortigern Rüstungsexportstopp auch in die Ukraine“ (Kampagne Aktion Aufschrei: Stoppt den Waffenhandel, 06.03.14) S. 8-9
- „Hintergrund: Zur Situation in der Ukraine“ (Christine Schweitzer, Bund für Soziale Verteidigung, 05.03.14) S. 10-13
- „Ukraine: Deeskalation statt Marsch in einen heißen Krieg“ (Erklärung Kooperation für den Frieden, 03.03.14) S. 14-15

Weitere ausgewählte Statements aus der Friedensbewegung:

- „Friedensbewegung gegen Sanktionen – Wer das Völkerrecht bricht, darf sich nicht wundern, wenn andere das selbe tun“ (Bundesausschuss Friedensratschlag, 17.03.14) S. 16-17
- „Die Krise in der Ukraine und die atomare Gefahr“ (Wolfgang Schlupp-Hauck, Sprecher Kampagne „atomwaffenfrei.jetzt“, The Huffington Post, 17.03.2014) S. 18
- „Verhandeln ist besser als Schießen – aus Einmischung kann Krieg werden“ (Bundesausschuss Friedensratschlag, 09.03.14) S. 19-22

Erstellt von: Philipp Ingenleuf (Stand: 18.03.14)

Adresse: Kooperation für den Frieden, Römerstr. 88, 53111 Bonn, Tel.: 0228/692904,
Fax: 0228/692906, eMail: info@koop-frieden.de , www.koop-frieden.de

Spenden: Förderverein Frieden e.V.; IBAN: DE89 4306 0967 4041 8604 01 ; BIC: GENODEM1GLS

SprecherInnen: Reiner Braun (IALANA), Philipp Ingenleuf (Netzwerk Friedenskooperative), Jens-Peter Steffen (IPPNW), Renate Wanie (WfgA), Lucas Wirl (NatWiss)



Kooperation für den Frieden

Presseerklärung
17.03.2014

Kooperation für den Frieden zu Krim-Referendum und Sanktionenspirale

Eine andere Politik ist nötig: Kooperation statt Konfrontation, zivile Konfliktbearbeitung statt Sanktionen

Die Kooperation für den Frieden, ein Dachverband von über 50 Organisationen und Gruppen aus der Friedensbewegung, kritisiert das völkerrechtswidrige Vorgehen Russlands, wozu das Referendum vom Sonntag gehört, ebenso wie die destruktive Politik des Westens. Das Referendum mit seiner Mehrheitsentscheidung für einen Anschluss an Russland hat eine neue Situation geschaffen. Sie legitimiert für beide Seiten das weitere Anheizen der Auseinandersetzung: Der Westen wird seine angekündigten Sanktionen umsetzen, Russland die Eingliederung der Krim vorantreiben und möglicherweise ihrerseits mit Sanktionen gegen den Westen antworten.

Die Kooperation für den Frieden fordert einen anderen Lösungsansatz für die Krim-Krise. Anstatt die verhängnisvolle Konflikteskalation voran zu treiben, verlangt sie die Schaffung eines neuen internationalen Systems kollektiver Sicherheit: Dies ersetzt Konfrontation und Sanktionen mit ziviler Konfliktbearbeitung. Zwischen den Kontrahenten muss Misstrauen ab- und Vertrauen aufgebaut werden. Ohne Verhandlungen, die auch die Position der anderen Seite berücksichtigen, sind keine Lösung oder wenigstens Prozesse hin zur Lösung möglich. Die Geschichte hat gezeigt, dass das Selbstbestimmungsrecht von Völkern oder Regionen nur in einem konsensualen Prozess aller Beteiligten erfüllt werden kann und nicht auf den Spitzen von Bajonetten oder durch einseitige Maßnahmen.

Für eine solche Initiative sind neutrale Mediatoren bzw. Moderatoren unabdingbar. Die Kooperation schlägt als Vermittler neben der OSZE die Gruppe der Friedensnobelpreisträger vor. Organisationen wie IPB oder IPPNW, aber auch Personen wie Mairead Maguire oder Adolfo Pérez Esquivel, sind geeignet, mitzuhelfen, den Konflikt zu entschärfen. Die vergessenen Grundgedanken des „gemeinsamen Hauses Europas“, friedliche Koexistenz, Dialog, Kooperation und Ausgleich, müssen wiederbelebt werden.

Mitwirkende der Kooperation für den Frieden:

- Aachener Friedensmagazin aixpaix
- Aachener Friedenspreis e.V.
- Aktion Freiheit statt Angst e.V.
- Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)
- Aktionsgemeinschaft Friedenswoche Minden
- Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung (asfab)
- Bremer Aktion für Kinder (BAKI)
- Bremer Friedensforum
- Bürgerinitiative OFFENe HEIDE
- Bund demokratischer WissenschaftlerInnen (BdW)
- Bund für Soziale Verteidigung (BSV)
- Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)
- Christen für gerechte Wirtschaftsordnung (CGW)
- Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)
- EUCommunity
- Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK)
- Evangelisch-methodistische Kirche in Deutschland - Friedensausschüsse
- Forum Friedensethik (FFE) in der Evangelischen Landeskirche in Baden
- Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FIF)
- Frauen in Schwarz Hamburg
- Frauen in Schwarz Köln
- Frauenetzwerk für den Frieden (FNF)
- Friedensfestival Berlin
- Friedensforum Münster
- Friedensgruppe Altenholz
- Friedensinitiative Kyritz-Ruppiner Heide
- Friedensinitiative Nottuln e.V.
- Friedensrat Müllheim
- Friedenszentrum Braunschweig
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Hauptvorstand
- Heidelberger Friedensratschlag
- IALANA (International Association of Lawyers against Nuclear Arms)
- IFIAS (Institute for International Assistance and Solidarity)
- Impuls-Afghanistan e.V.
- Infostelle für Friedensarbeit, Meckenheim
- IPPNW, Deutsche Sektion der internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges/ Ärzte in sozialer Verantwortung
- Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit
- Internationaler Versöhnungsbund – deutscher Zweig (VB)
- Komitee für Grundrechte und Demokratie
- Koordinierungsausschuss der Friedensbewegung in der Region IngoStadt
- KURVE Wustrow - Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion
- Lebenshaus Schwäbische Alb
- Leserinitiative Publik e.V.
- Menschen für den Frieden/Anti-Kriegsbündnis Düsseldorf
- Mönchengladbacher Friedensforum
- NaturwissenschaftlerInnen-Initiative „Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit“
- Netzwerk Friedenskooperative
- Netzwerk Friedenssteuer
- Ökumenisches Friedensnetz Düsseldorf Christinnen und Christen
- Ökumenisches Netz Württemberg
- Ökumenisches Zentrum für Umwelt-, Friedens- und Eine-Welt-Arbeit, Berlin
- Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PPF)
- pax christi - Deutsche Sektion
- Rhöner Friedenswerkstatt im UNESCO Biosphärenreservat, Künzell
- Sichelschmiede, Werkstatt für Friedensarbeit in der Kyritz-Ruppiner Heide
- Ulmer Ärzteinitiative
- Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der AntifaschistInnen (VVN-BdA)
- Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden
- Würselener Initiative für den Frieden

-2-

Kooperation für den Frieden
Römerstr. 88, 53111 Bonn
Tel. 0228/69 29 04
Fax 0228/69 29 06
info@koop-frieden.de
www.koop-frieden.de

**Spendenkonto Kooperation für
den Frieden (Sonderkonto):**
Förderverein Frieden e.V.
Konto-Nr. 404 1860 401
bei der GLS-Bank
BLZ 430 609 67

Das Gefährlichste wäre die weitere Militarisierung des Konfliktes. Deswegen wertet die Kooperation es zumindest als positiv, dass US-Außenminister John Kerry und die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel einer militärischen Reaktion auf das Geschehen auf der Krim eine klare Absage erteilt haben. Für Deutschland muss dies verbindlich in einem Beschluss des „Deutschen Bundestages“ festgeschrieben werden.

An den Westen gewandt erneuert die Kooperation für den Frieden den Vorwurf, dass die Einbindung der Gesamt-Ukraine in die westlichen Bündnisse sowie die finanzielle Förderung einer äußerst zweifelhaften Putsch-Regierung destruktive und verschärfende Elemente der Krise sind. Deswegen darf es keine Unterzeichnung des geplanten Assoziierungsabkommens mit der EU geben. Die konkurrierenden geostrategischen Interessen und die allseitige Unterstützung der Oligarchen gefährden die Zukunft der Menschen und die Stabilität der Großregion. Der Konflikt droht auf dem Rücken der Menschen ausgetragen zu werden. Das heißt konkret, dass die Verschärfung der Lage auf Kosten der Menschen- und Minderheitenrechte in der Region gehen wird. Darüber hinaus werden die sich zusehends verschlechternden Beziehungen zwischen dem Westen und Russland andere Konflikte in einer eng vernetzten Welt, wie beispielsweise den Krieg in Syrien, noch schwerer lösbar machen.

Die Kooperation für den Frieden bezweifelt, dass Deutschland aufgrund seines grausamen Vorgehens in der Ukraine und auf der Krim während des 2. Weltkrieges, sowie seiner Unterstützung der Ost-Erweiterung nach dem Ende des Kalten Krieges, ein glaubwürdiger Vermittler in der Krise sein kann. Deutschland und der Westen haben, besonders durch die NATO, mit ihrer Machtlogik und Expansionspolitik der letzten 20 Jahre, wie der Aufnahme ehemaliger Warschauer Pakt-Staaten in die Nato, das Schieben ihrer Raketenabwehr gen Osten und die geplanten EU-Assoziierungen, diesen Konflikt maßgeblich mit provoziert.

Die Kooperation für den Frieden sieht einen friedlichen Weg in einem System kollektiver Sicherheit, das Sicherheit miteinander anstatt gegeneinander schafft. Dafür kann an die Erfahrung der KSZE-Verhandlungen angeknüpft werden, es muss abgerüstet und es müssen den Interessen aller Seiten Rechnung getragen werden. Die Politik der Konfrontation, des Freund-Feind Denkens muss überwunden werden. Die drängenden Probleme der Menschheit können nur gemeinsam gelöst werden. Ohne Drohungen, Misstrauen und Blockbildung.

Die SprecherInnen der Kooperation für den Frieden:

Reiner Braun	(IALANA)
Philipp Ingenleuf	(Netzwerk Friedenskooperative)
Jens-Peter Steffen	(IPPNW)
Renate Wanie	(Werkstatt für gewaltfreie Aktion)
Lucas Wirl	(NaturwissenschaftlerInnen Initiative)

Pressekontakt:

Reiner Braun	(IALANA)	Tel. 030 / 20 65 48 57
Jens-Peter Steffen	(IPPNW)	Tel. 030 / 69 80 74 13

grundrechtekomitee

Veröffentlich auf: (<http://www.grundrechtekomitee.de>)

[Startseite](#) > Überlegungen zum Ukraine-Konflikt von Andreas Buro – eine Diskussionsvorlage

Überlegungen zum Ukraine-Konflikt von Andreas Buro – eine Diskussionsvorlage

12.03.2014

Stand: 13. März 2014

Die Diskussion über den Konflikt um die Ukraine und ihre autonome Provinz die Krim ist voll entbrannt. In der öffentlichen Berichterstattung dominiert die Verurteilung des russischen Vorgehens. Härteres Auftreten gegen Russland als Brecher des Völkerrechts wird gefordert. Der friedenspolitische Sprecher des Komitees für Grundrechte und Demokratie, Andreas Buro, legt ein Papier als Diskussionsgrundlage für eine konstruktive Erörterung dieser bedrohlichen Situation vor.

Es war am Ende des West-Ost-Konflikts als US-Präsident Bush sen. und US-Außenminister Baker Michael Gorbatschow versicherten, die Staaten des ehemaligen Warschauer Pakts würden nicht Mitglieder der NATO werden. Die NATO würde also nicht an die Grenzen der Sowjetunion rücken. Man konnte sich demnach vorstellen, es würde ein cordon sanitaire entstehen – bestenfalls sogar eine Zone der Vermittlung zwischen West und Ost. Nichts dergleichen geschah. NATO und EU expandierten gen Osten. Nach 1999 traten Polen, Tschechien, Ungarn, nach 2004 Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei, Slowenien und nach 2009 Albanien und Kroatien der NATO bei. Alles Länder die einst zum sogenannten Ostblock gehörten. Beitrittsbemühungen gab es ferner um Georgien und Armenien. Vor diesem historischen Hintergrund wird der Kreml nicht die Perspektive akzeptieren, die Ukraine solle der nächste NATO-Kandidat werden.

Diese Annahme ist angesichts der vehementen Unterstützung der aufständischen Kräfte aus dem Westen keineswegs abwegig. Die für Europa und Eurasien zuständige Abteilungsleiterin des US-Außenministeriums Victoria Nuland hat am 13. Dezember 2013 in Washington vor der „U.S.-Ukraine Foundation“ berichtet, die US-Regierung habe seit 1991 mehr als fünf Milliarden US-Dollar für eine „wohlhabende und demokratische Ukraine“ investiert. Mit dieser Summe sollten die Voraussetzungen geschaffen werden, die Ukraine der EU anzugliedern. Die westliche Strategie beruht in dem ausgehandelten aber vom damaligen ukrainischen Präsidenten Janukowitsch nicht unterzeichneten Partnerschaftsvertrag mit der EU auf dieser Perspektive. Der Vertrag hätte eine Westorientierung der Ukraine bewirkt. Die bisherige starke Bindung an Russland wäre deutlich verringert worden. Muss man das nicht als eine Politik des ‚regime change‘ bezeichnen? Das Vordringen des Westens in den ehemaligen Herrschafts- und nun zumindest Einflussbereich Russlands ist die dominante strategische Komponente der aktuellen Auseinandersetzung über die Krim und die Ukraine.

Die Bürgerinnen und Bürger, die vor allem in Kiew und den westlichen Landesteilen der Ukraine den Protest gegen die korrupte Janukowitsch-Präsidentschaft getragen haben, fürchteten zu Recht, ihre demokratischen Freiheiten würden zunehmend erstickt werden. Sie hofften wohl auch auf eine bessere wirtschaftliche Entwicklung durch den Assoziierungsvertrag. Ihr Aufstand wurde jedoch von sehr unterschiedlichen politischen

Kräften getragen. Das bewirkt ihre Schwäche, und macht sie abhängig von westlicher Unterstützung. Während der westliche Teil schon seit langer Zeit trotz einer furchtbaren Vergangenheit kulturell und sprachlich auf Mittel- und Westeuropa ausgerichtet ist, orientiert sich der östliche Teil einschließlich der Krim überwiegend nach Russland und spricht auch Russisch. Die großen Bodenschätze liegen im östlichen Teil des Landes. Zu erinnern ist, dass die Krim nach der Vertreibung der Krim-Tataren durch Stalin während des Zweiten Weltkrieges vorwiegend von russischen Kriegsveteranen besiedelt wurde. Sie standen in Feindschaft gegen die rückkehrenden Krim-Tataren, von denen sie Land und Häuser übernommen hatten. Eine höchst heterogene Mischung von Interessen und Zuwendungen.

Der Konflikt bewirkt auch Befürchtungen in den ehemaligen Mitgliedsländern des Warschauer Pakts wie Polen und den baltischen Ländern. Könnten russische Übergriffe auch sie treffen? Sie fordern eine militärische Verstärkung. Doch haben sie wirklich als NATO-Mitglieder einen Angriff zu erwarten? Das wäre nur vorstellbar, falls es zu einer großen kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Russland und der NATO käme. Weder Russland noch der Westen können und vermutlich werden sie sich das nicht leisten können.

Der Kreml will nun offensichtlich den Marsch des Westens nach Osten nicht länger hinnehmen. Er nutzt dazu die Heterogenität der Bevölkerung der Ukraine. Nach dem Aufstand gegen die korrupte Janukowitsch-Regierung und der zweifelhaften Legitimität und demokratischen Bonität der neuen Regierung in Kiew spielt Russland die alte Regierung gegen die neue aus. Janukowitsch lässt aus dem Exil im russischen Rostow die neue Regierung in Kiew als faschistisch und anti-semitisch, sowie sich selbst weiterhin als rechtmäßigen Präsidenten der Ukraine bezeichnen. Damit hält sich Moskau Ansprüche auf weitere Teile oder sogar die ganze Ukraine offen. Auf der Krim, wo Russland mit einem großen Sympathiepotenzial rechnen kann, schafft es Voraussetzungen, die Situation notfalls auch militärisch zu beherrschen. Sewastopol, der Stützpunkt der russischen Schwarzmeerflotte, ist aus der Sicht Moskaus von überragender Bedeutung. Ginge er verloren, wäre die russische Präsenz im Mittelmeer höchst bedroht. Die Sicherung des Flottenstützpunktes Sewastopol dürfte deshalb ein zentrales Interesse der russischen Politik sein.

Wenn die hier dargestellten Grundkonstellationen zutreffen, steht ein schwerer europäischer Konflikt ins Haus, nicht jedoch unbedingt ein Krieg, wie einige Medien befürchten. Ereignisse, die vielleicht falsch interpretiert werden und zu Eskalationen führen, die eigentlich keiner will oder einige aus Partikularinteressen vielleicht doch wollen, sind dennoch immer möglich.

Was kann also getan werden, um Deeskalation voranzutreiben? Hier nur eine Aufzählung von Möglichkeiten:

- Auf keinen Fall darf man mögliche Verbindungen zwischen den Konfliktpartnern abreißen lassen. Ausladung bei den G 8: Nein, danke!
- Sanktionen gegen Konfliktpartner auf keinen Fall! Das führt zu Eskalationen. Wie will man dann noch einen Dialog auf Augenhöhe zustande bringen? Der durch Sanktionen Bestrafte wäre ja vorverurteilt. Russland ist eine Großmacht, die man nicht demütigen darf, wenn man mit ihr ernsthaft verhandeln will.
- Kiew vorschlagen, auf alle Provokationen zu verzichten. Wie konnte man dort auf den Gedanken kommen, Russisch als offizielle Zweitsprache verbieten zu wollen – haarsträubend! Auch könnten West und Ost Kiew empfehlen, die ukrainische Mobilisierung der Streitkräfte aufzuheben und den Flottenvertrag anzuerkennen, den der ehemalige ukrainische Präsident Janukowitsch mit Russland geschlossen hat.
- Sollte nicht der Westen, Russland eine gemeinsame Verhandlungsrunde vorschlagen, vielleicht unter Anknüpfung an die ehemals erfolgreichen KSZE-Verhandlungen, über Gemeinsamkeiten und gemeinsame Interessen in der Gestaltung des Europäischen

Hauses. Unter Bezug also auf einen Begriff, der seinerzeit ausführlich diskutiert wurde. Dabei ging es nicht nur auf beiden Seiten um wirtschaftliche Interessen, sondern auch um die Errichtung eines Systems kollektiver Sicherheit. Diese Perspektive geriet aber mit der westlichen Expansionspolitik nach Osten außer Sicht. Hier wieder anzuknüpfen wäre ein Signal, das allerdings die USA nicht erfreuen würde, stellte jedoch eine erhebliche Emanzipation europäischer Politik dar. Dabei könnte eine revitalisierte OSZE eine wichtige Rolle spielen.

- Johan Galtung wirft die Frage auf, ob eine ukrainische Föderation aus zwei Teilen, nicht gleichzeitig Mitglied der EU und der Russischen Föderation (oder eines GUS-Staaten-Zusammenhangs A. B.) sein könne. Damit könnte aus Konfrontation ein kooperativer Dialog-Zusammenhang werden. Eine interessante Perspektive, die Galtung auch für Georgien in Betracht zieht.
- Die Medien, die auf beiden Seiten eher konfliktverschärfend berichtet haben, sollten stärker das Friedensbedürfnis der Bevölkerungsgruppen herausstellen. Eine Flut von Leserbriefen wäre dazu nützlich, ebenso entsprechende Aussagen aus vielen Teilen der Gesellschaften. Dabei sollten auch Eigeninteressen angesprochen werden, denn Krieg löst keines der großen gesellschaftlichen Probleme hier und dort, sondern wird sie nicht nur für alle Ukrainer verschärfen.
- Deutschland kommt anscheinend in der Wahrnehmung der Konfliktpartner eine besondere Rolle zu, nämlich als EU-Führungsmacht und als ein Staat, der in Russland Gehör finden kann. Doch ist zweierlei nicht zu vergessen. Deutschland ist ein gewichtiges Mitglied der NATO, das die bisherige NATO-Expansionspolitik bedingungslos mitgetragen hat. Deshalb ist es als Vermittler schwer belastet. Belastet ist es auch durch seine blutige Vergangenheit bei der Eroberung von Sewastopol im Zweiten Weltkrieg. Damals wurde die Stadt fast völlig zerstört. Etwa 80% der Bevölkerung überlebten die Kämpfe nicht. Ein weiterer Kniefall wäre geboten, nicht aber ein Auftritt als Ritter der Gerechtigkeit.

Meine Schlussfolgerung lautet: Eine friedliche Lösung ist möglich, wenn die alten Verhaltensweisen der Konfrontation zugunsten einer Politik der Kooperation und der zivilen Konfliktbearbeitung in Europa aufgegeben werden. Abbau von Misstrauen und Aufbau von Vertrauen sind erforderlich. Wie können die Zivilgesellschaften aller beteiligten Länder dazu beitragen?

Themenbereich: Friedenspolitik ^[1]

© grundrechtekomitee e.V. 2009-2013

Quelle: <http://www.grundrechtekomitee.de/node/623>

Links:

[1] <http://www.grundrechtekomitee.de/taxonomy/term/22>



Die Konfrontation in und um die Ukraine nimmt zu

10.03.2014

Die Situation in und um die Ukraine wird nicht einfacher. Die Konfrontation nimmt zu, real und auch in Form von massiver Propaganda auf allen Seiten. Die Stimmen kritischer Distanz gibt es, aber sie dringen scheinbar immer weniger durch. In den Medien spielt die schwierige Suche nach diplomatischen Lösungen nach meiner Wahrnehmung eine geringer werdende Rolle.

Was ist die Alternative? Krieg? Den würde Europa nicht überleben und wird sind mitten in Europa! Wer für Krieg plädiert, plädiert für Suizid. Wer das als individuellen Weg für sich sieht, sollte zumindest nicht andere dabei einbeziehen!

Putin spielt nach meiner Wahrnehmung NATO. Mal eben als Macho das Völkerrecht umkrepeln. So etwas kennen wir von 1999, als Deutschland mit in einen Krieg zog, bei dem ziemlich sicher war, dass dieser Krieg nicht Deutschland treffen würde. Beim Kosovo machte die NATO sehr deutlich, dass für sie die Frage des Völkerrechts irrelevant ist. Das gleiche zieht jetzt Putin durch. Da müssen die NATO und auch die Bundesregierung absolut unglaubwürdig wirken!

Im deutschen Strafgesetzbuch ist die Vorbereitung eines Angriffskrieges strafbar. Die Strafdrohung lautet nicht unter 10 Jahre Haft. Solange nicht der für den Angriffskrieg 1999 verantwortliche Kanzler und sein Außenminister vor Gericht gestellt werden, sollte eine Bundesregierung in Fragen des Völkerrechts vorsichtig sein.

Was aber ist mit jenen, die den NATO-Krieg gegen Serbien wegen des Kosovo zurecht als völkerrechtswidrig kritisiert haben? Wollen sie jetzt Russlands Aktionen auf der Krim rechtfertigen? Damit würde zugleich der NATO-Krieg gegen Serbien gerechtfertigt werden. Vorsicht Falle!

Eine glaubwürdige Kritik an Verletzungen des Völkerrechts ist notwendig! Zugleich dürfen wir nicht bei der Kritik stehen bleiben, sondern müssen nach konkreten diplomatischen Lösungen und Auswegen suchen. Dass diese im Konkreten wiederum einen Widerspruch zu prinzipientreuen Lösungen darstellen, gehört dazu. Diesen Widerspruch gilt es auszuhalten, auch wenn es schwer fällt.

Noch scheint mir überwiegend die Feindbildsuche die Debatte zu beherrschen. Wer gegen Russland ist, verharmlost allzu gerne ukrainische Neonazis, weil sie nicht ins Feind-Freund-Schema passen. Wer gegen ukrainische Nationalisten ist, verharmlost allzu gerne russische Nationalisten! Auch da gibt es einen rechten Sektor, der durchaus Putinfreundlich ist und von dem sich Putin so wenig distanziert, wie viele westliche Politiker von den ukrainischen Nazis.

Um nicht missverstanden zu werden: Eine Relativierung des Neonazismus geht für mich gar nicht! Das sollten auch deutsche Politiker einsehen, die ein NPD-Verbot anstreben. Was wäre, wenn die NPD-Führung die Chefs von Swoboda und "Rechtem Sektor in den Zeugenstand rief, als Garanten für ihre lauterer demokratischen Absichten?

Notwendig ist aktuell nicht so sehr die Debatte Wer sind die Guten, wer sind die Bösen?, sondern die Debatte: Wo kann eine diplomatische Lösung des Konflikts liegen, die den Krieg verhindert, eine Deeskalation einleitet und die unterschiedliche Interessen unterschiedlicher Seiten realistisch in eine Lösungssuche einbezieht.

Für mich steht da immer noch die Aussage im Raum, dass die russische Seite das von den Außenministern Deutschlands, Frankreichs und Polens mit Janukowitsch und der ukrainischen Opposition am 21.2. ausgehandelte Abkommen als Ausgangspunkt für eine Lösungssuche anerkennt. Wenn das so ist, dann müsste eine kluge diplomatische Politik, die die russische Seite genau an diesem Punkt beim Wort nehmen und ihrerseits eine Lösung vorschlagen, die die russische Seite nicht ablehnen kann. Genau das erscheint mir an exakt diesem Punkt möglich. Bisher lese ich keine Aussage der drei EU-Außenminister zu diesem Punkt.

Wer einen Krieg verhindern und deeskalieren will, der sollte sich meiner Meinung nach jetzt auf diesen Punkt konzentrieren!



Stoppt den Waffenhandel!

Mitteilung an die Presse

Stuttgart, den 6. März 2014

Ergänzung/Kommentar der Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel zur Presserklärung der Grünen Europagruppe „EU-Mitgliedstaaten müssen Waffenexporte nach Russland sofort stoppen“

„Sofortiger Rüstungsexportstopp auch in die Ukraine!“

Aufschrei-Kampagne fordert Rüstungsexportstopp für Russland und für die Ukraine // Kritik an besonders verwerflichen Rüstungsexporten in Krisen- und Kriegsgebiete und an verfeindete Konfliktparteien // In einem Russland-Ukraine-Krieg würden beide Seiten mit deutschen Kriegswaffen und Munition aufeinander schießen

„Die Forderung der Fraktionsvorsitzenden der Grünen/EFA im Europäischen Parlament, Rebecca Harms, den Rüstungsexport aus der Europäischen Union an Russland sofort zu stoppen, ist angesichts der völkerrechtswidrigen Krimintervention, richtig und notwendig“, erklärt Paul Russmann, Sprecher der Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel! und Geschäftsführer von Ohne Rüstung Leben (ORL). „Doch ist sie längst nicht ausreichend.“ Vielmehr müsse „auch ein sofortiges Rüstungsexportverbot aus der EU und aus Deutschland in die Ukraine verhängt werden“, fordert Russmann.

„Besonders makaber ist die Tatsache, dass Deutschland – trotz der desaströsen Menschenrechts- und Sicherheitslage – 2012 sowohl Kriegswaffen- und Munitionsausfuhren an Russland und an die Ukraine genehmigt hat“, kritisiert Jürgen Grässlin, Sprecher der Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel! und der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK). „Wenn es zum Krieg zwischen Russland und der Ukraine kommen sollte, werden – einmal mehr – beide Kriegsparteien mit Kriegswaffen und Munition sowie Militärfahrzeugen aus Deutschland aufeinander schießen und Menschen sterben.“

„Mit Waffenlieferungen an Russland und die Ukraine hat die Bundesregierung erneut ihre eigenen Politischen Grundsätze zum Rüstungsexport vom Januar 2000 gebrochen“, kritisieren die beiden Kampagnensprecher. Gemäß den Politischen Grundsätzen dürfen keine Kriegswaffen an Länder geliefert werden, wenn die innere Lage des betreffenden Landes dem entgegensteht. Russmann und Grässlin verweisen auf die ungute Tradition langjähriger Kriegswaffenlieferungen an verfeindete bzw. kriegsführende Staaten wie Griechenland und die Türkei sowie Indien und Pakistan. „Damit muss endlich Schluss sein!“

Links:

Pressemitteilung Rebecca Harms siehe:

<http://www.rebecca-harms.de/index.php/lesen/ukraine-eu-mitgliedstaaten-muessen-waffenexporte-nach-russ-10828>

Rüstungsexportbericht 2012 siehe

<http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/ruestungsexportbericht-2012.property=pdf.bereich=bmwi2012.sprache=de.rwb=true.pdf>

Kontakt für die Medien

Paul Russmann: 0176-28 04 45 23, Jürgen Grässlin 0761-76 78 208

Den Opfern Stimme – den Tätern Name und Gesicht

www.aufschrei-waffenhandel.de



Trägerorganisationen der Kampagne: Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V. (AGDF) • AGEH - Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe e.V. - Personaldienst der deutschen Katholiken für internationale Zusammenarbeit • aktion hoffnung Rottenburg-Stuttgart e.V. • Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR • Brot für die Welt - Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung • Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) • Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) • Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges e. V. (IPPNW) Deutschland • NaturFreunde Deutschlands • JuristInnen gegen atomare, biologische und chemische Waffen (IALANA) Deutsche Sektion • Ohne Rüstung Leben (ORL) • pax christi - Deutsche Sektion der Internationalen Katholischen Friedensbewegung • Provinzleitung der Deutschen Franziskaner und Kommission Gerechtigkeit – Frieden – Bewahrung der Schöpfung • RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.) • terre des hommes – Hilfe für Kinder in Not • Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden (WfG)

Viele weitere Organisationen und Friedensinitiativen arbeiten im Aktionsbündnis der Kampagne mit.

www.aufschrei-waffenhandel.de



Zur Situation in der Ukraine

Minden, 5. März 2014

Mit großer Besorgnis beobachten wir die Entwicklungen in der Ukraine und die Art und Weise, wie derzeit von bestimmten Medien und PolitikerInnen ein Revival des Ost-West-Konflikts geschürt wird.

Wieder einmal wird die Welt in „gut“ und „böse“ geteilt, wobei als die „Guten“ die aufständischen UkrainerInnen ausgemacht werden, die für Demokratie und die Assoziierung an die Europäische Union auf die Straße gegangen sind. Und die „Bösen“ sind einmal wieder „die Russen“, die diesen Prozess mit Gewalt zu stoppen suchen und drohen, militärisch in der Ukraine zu intervenieren. Beides ist nicht falsch, und doch ist das Bild viel komplexer. In der Tat: Viele der Protestierenden in der Ukraine haben auf dem Maidan demonstriert, weil sie die Korruption und Willkürherrschaft der Regierung Janukowitsch satt hatten. Sie sahen oder sehen sich auch nur teilweise von den oppositionellen Parteien repräsentiert – ein starkes Element des Protests der letzten Wochen war das Misstrauen gegen alle Parteien und PolitikerInnen. Aber mit der wachsenden Militanz des Protests – oder besser: der Abdrängung derjenigen, die auf gewaltlose Mittel gesetzt hatten, in die Rolle von UnterstützerInnen schwerbewaffneter Milizen mit Lebensmitteln und Sanitätsdiensten – ging die Stärkung der Rolle faschistischer, russenfeindlicher und antisemitischer Gruppen einher. Der gemeinsame Nenner, Janukowitsch zu stürzen, wäre vermutlich inzwischen schon zerbrochen, wenn nicht die Bedrohung durch Russland die Reihen anscheinend weiter zusammenschweißen würde. Jetzt mobilisiert die Ukraine ihre Reservisten und Ex-Ministerpräsidentin Timoschenko droht Russland mit einem militärischen Eingreifen der NATO. Dass diese Drohung keine Basis in der Realität hat, weiß sie wahrscheinlich auch, aber es spiegelt die aufgeheizte und gewaltbereite Stimmung in der Ukraine gut wieder.

Auf der anderen Seite ist die russische Rhetorik genauso auf Konfrontation gerichtet, und Russland lässt seinen Erklärungen, „seine BürgerInnen im Ausland schützen zu müssen“, auch schon Taten folgen. Medienberichten zufolge wird die Zahl der Truppen in den russischen Stützpunkten auf der Krim verstärkt. Spekulationen über einen möglichen Einmarsch Russlands in die Ostukraine und eine Abspaltung der Krim machen in östlichen wie westlichen Medien die Runde und basieren angeblich auf schon zuvor entwickelten Plänen. Die Erinnerung an die Konflikte in Georgien werden wach, wo mit Hilfe russischer Truppen zwei Minderheitengebiete, Südossetien und Abchasien, de facto von Georgien gegen dessen militärischen Widerstand abgetrennt wurden.

Die jetzt von Seiten der USA verhängten Sanktionen gegen Russland tragen ebenso zu einer Verschärfung der Lage bei, denn sie drücken eine eindeutige Positionierung der USA in dem Konflikt aus – Russland wird die alleinige Schuld gegeben.

Das national-ethnische Gesicht des Konflikts

Die Ukraine ist ein multiethnischer Staat aus Menschen, die sich in Volkszählungen (zuletzt 2001) als UkrainerInnen (77,8%), RussInnen (17,3 %), KrimtartarInnen oder Angehörige vieler anderer kleiner Nationalitäten und Ethnien bezeichneten. Russisch ist in weiten Gebieten die allgemeine Verständigungssprache (laut Wikipedia für 77,7 % der Bevölkerung die Muttersprache). Die Ukraine hat eine wechselvolle Geschichte schon seit vor der Gründung der Sowjetunion hinter sich, bei der Teile des Landes zu Österreich-Ungarn, andere Teile (u.a. die Krim) zu Russland gehörten. Und auch die Stalinzeit mit ihren Untaten ist in der ukrainischen Erinnerung nicht verschwunden, sondern dient ukrainischen Nationalisten als anti-russisches Argument. Bislang war es dem multiethnischen Land gelungen, die Gegensätze zwischen seinem ukrainisch geprägten Westen und russisch geprägten Osten zumindest oberflächlich auszugleichen. Doch der Aufstand gegen Janukowitsch hatte ein deutlich anti-russisches Gesicht, und es gab lange Zeit neben den Anti-Regierungskundgebungen auch pro-Regierungs-Kundgebungen. Dass die sich Russland verbunden fühlende Bevölkerung in der Ukraine in Sorge geriet, als die neue Regierung in Kiew als eine ihrer ersten Amtshandlungen ein Gesetz auf den Weg brachte, das Ukrainisch zur einzigen Amtssprache machte, ist verständlich.

Konflikte dieser Art sind in vielen Ländern Osteuropas und dem Raum der ehemaligen Sowjetunion anzutreffen. Schnell werden Konflikte, egal was ihre eigentlichen Ursachen sind, in ethnisch-nationalen Kategorien erklärt und es wird entsprechend politisch mobilisiert. Wo versucht wurde, mit Gewalt Fakten zu schaffen, hat dies gewöhnlich zu Flucht und „ethnischen Säuberungen“ geführt. Ein Wechsel der Herrschaftsverhältnisse ist hier keine Lösung, sondern allein die behutsame Schaffung von Regierungsformen, die Minderheitenrechte stärken und ethnische Spannungen abbauen.

Das strategische und ökonomische Gesicht des Konflikts

Das Schwarze Meer hat Anlieger, die der NATO angehören (Türkei), Anlieger, die gerne Mitglieder würden (Georgien, jetzt vielleicht auch Ukraine), und Russland mit seinen Militärbasen auf der Krim, die auch der Heimathafen der russischen Schwarzmeerflotte ist. Russlands Interesse an der Krim und daran, zu verhindern, dass Georgien oder Ukraine Mitglieder der NATO oder der EU werden, ist aus seinem strategischen, in alter Blocklogik verfangenen Denken zu verstehen. Dabei kann es sich auch noch auf alte Zusagen berufen, die die NATO 1990 gegenüber UdSSR-Präsident Gorbatschow gemacht hatte, dass der Einflussbereich der NATO nicht bis an die russischen Grenzen ausgeweitet würde. Der Ost-West-Konflikt hat den Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ überlebt, und Russland agiert, besonders seit Putin an der Macht ist, trotz G8-Mitgliedschaft und strategischer Allianz mit der NATO, i.d.R. als Gegner des Westens – von Kosovo bis Syrien und jetzt in der Ukraine. Dass andererseits die EU in ihrem Umgang mit der Ukraine Fehler gemacht hat, wird inzwischen auch von PolitikerInnen zugegeben – man hätte die russischen Interessen mitdenken sollen, so Norbert Röttgen, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, am 4.3. in SWR2.

Allerdings: Dass Russland Sorge um seine Marinebasis auf der Krim hat, ist aus realpolitischer Sicht im Grunde nichts anderes, als wenn Kuba oder Costa Rica Anstalten machen würden, die US-Militärbasen auf ihrem Territorium schließen zu wollen. Um nicht missverstanden zu werden: Aus pazifistischer Sicht ist keine Militärbasis oder Militärpräsenz in Drittstaaten wünschenswert, und diese Feststellung darf auch nicht als Rechtfertigung des russischen Konfrontationskurses missverstanden werden. Aber manche derjenigen, die jetzt Russland lauthals verurteilen, würden sich mit genauso lautem Geschrei auf die Seite der USA stellen, wäre Kuba so verrückt, die umstrittene Präsenz der USA auf seinem Territorium in Frage zu stellen.

Müssen wir es jetzt der Tatsache zuschreiben, dass sich hier die beiden Großmächte direkt gegenüberstehen, wenn die USA nicht mit einer Militärintervention in die Ukraine drohen, sondern lediglich Sanktionen verhängen? Zum Glück setzen einige europäische Regierungen im Westen – erfreulicherweise gehört die deutsche dazu – weiter auf Vermittlungsbemühungen und die Notwendigkeit, den Konflikt friedlich beizulegen.

Friedenslogik, angewendet auf die Ukraine

Im Sinne einer Friedenslogik anstelle einer Abschreckungs- oder Sicherheitslogik müssten alle Anstrengungen auf Deeskalation gerichtet werden. Im Westen heißt es dazu, dass „die meisten Vermittler“ in den vergangenen Wochen „verbraucht“ seien. Das trifft aber nur zu, wenn man an Russland als Adressaten denkt. Gerade weil sie sich als „pro-westlich“ definiert, hat der Westen durchaus noch Einflussmöglichkeiten auf die neue Führung in der Ukraine. Er sollte diesen Einfluss nutzen, um darauf zu drängen, dass die ukrainische Regierung

- die militärische Mobilisierung sofort beendet
- das umstrittene Gesetz zur Sprache zurücknimmt und das alte Gesetz wieder in Kraft setzt
- eine inklusive Übergangsregierung schafft, in der alle Regionen des Landes und alle politischen Strömungen angemessen vertreten sind
- die OSZE einlädt, sie bei der Schaffung oder, soweit nötig, Überarbeitung von Minoritätengesetzen zu unterstützen, die allen Volksgruppen in der Ukraine die gleichberechtigte Teilhabe am Gesamtstaat und – soweit gewünscht – Selbstbestimmung in den sie betreffenden Angelegenheiten garantiert
- einen Prozess aktiv fördert, der die Zukunft der Halbinsel Krim betrifft und deutlich macht, dass sie mit einem erweiterten Sonderstatus der Krim (die Krim ist bereits autonome Provinz) gegebenenfalls einverstanden wäre

An Russland sind ähnliche Vorschläge und Forderungen zu richten:

- Sofortige Beendigung aller militärischen Maßnahmen, die als Aggression gedeutet werden können

- Fortsetzung der gerade aufgenommenen bilateralen Gespräche mit der neuen ukrainischen Führung
- Kooperation mit internationalen Vermittlungsbemühungen. Die OSZE oder der Europarat bieten sich in erster Linie an, denn sie sind die Organisationen, in denen sowohl Russland wie die Ukraine Mitglieder sind.

Russland müsste davon überzeugt werden, dass es durch einen Militäreinsatz viel mehr zu verlieren als zu gewinnen hat und dass auch dem „vorgeblichen Schutz der Russen in der Ukraine“ durch ein solches Eingreifen ein Bärendienst geleistet würde. Die wahrscheinliche Folge wäre nicht, dass ethnische RussInnen in der Ukraine sicherer sind (außer dort, wo die russischen Truppen die Kontrolle übernehmen), sondern im Gegenteil, dass ein ethnischer Konflikt geschürt würde, der sehr leicht einmal mehr zu Vertreibungen und Flucht führen würde.

Eine weitere Chance zur Deeskalation könnte in der Entsendung einer zivilen Beobachtungsmission liegen - nach dem Vorbild der Kosovo Verification Mission wohl am besten von der OSZE entsandt. Dies sollte eine Mission mit größeren Zahlen, nicht nur die derzeit diskutierte kleine Zahl von BeobachterInnen sein.

Es sind in den letzten Jahren zunehmende Spannungen zwischen dem Westen und Russland zu beobachten. Nicht nur die Regierung Putin, sondern auch viele PolitikberaterInnen gerade in den USA bedienen sich inzwischen wieder der Begriffe und der Denkweise des Kalten Kriegs. Das ist eine sehr gefährliche Entwicklung, die es zu stoppen gilt, bevor ein echter neuer Kalter Krieg beginnt, bei dem Schlimmeres scheinbar nur durch gegenseitige militärische Abschreckung verhindert wird. Ein Konzept gemeinsamer Sicherheit anstelle der gefährlichen Abschreckungslogik und der Mut, der anderen Seite Vertrauen entgegenzubringen, haben geholfen, den Kalten Krieg vor fast 30 Jahren zu beenden. Auch heute gilt: Sicherheit ist nichts, das durch Waffen erzielt werden kann. Sicherheit kann es nur geben, wenn die Menschen den ersten Schritt aufeinander zu machen – und sei es gegen den Willen ihrer Regierungen.

Christine Schweitzer, Geschäftsführerin im Bund für Soziale Verteidigung



Kooperation für den Frieden

Kooperation für den Frieden

Römerstr. 88, 53111 Bonn

Tel. 0228/69 29 04

Fax 0228/69 29 06

info@koop-frieden.de

www.koop-frieden.de

03.03.2014

Erklärung der Kooperation für den Frieden zur Kriegsgefahr in Europa

Ukraine: Deeskalation statt Marsch in einen heißen Krieg

Die Kooperation für den Frieden, ein Dachverband der Friedensbewegung, dem mehr als 50 friedenspolitische Organisationen und Initiativen angehören, fordert die Regierungen in Ost und West auf, alles zu vermeiden, was die Situation in der Ukraine weiter verschärft. Sowohl alle Truppenbewegungen als auch die verbale Kriegsrhetorik beider Seiten müssen gestoppt werden. Die völkerrechtswidrigen Handlungen Russland in der unabhängigen Ukraine müssen sofort beendet werden. Schluss sein muss genau so mit der unverantwortlichen Instrumentalisierung der Ukraine durch den Westen, der aggressiven Rhetorik im Stile des Kalten Krieges. Es darf keine militärischen Maßnahmen der NATO, noch Waffenlieferungen in die Region geben.

Die ukrainische Regierung selbst ist aufgefordert, die nationalistische Rhetorik sowie alle Truppenbewegungen einzustellen. Dazu gehört auch die sofortige Demobilisierung der gezogenen Reservisten. Wir warnen: Das Paktieren mit Faschisten führt in den Krieg! Die durch die Oligarchie und die korrupte Politik herbeigeführte desolante ökonomische Situation mit ihren verheerenden sozialen Auswirkungen für die Menschen darf nicht Anlass sein, durch chauvinistische Hetze auf einen „äußeren Feind“ abzulenken. Statt der langfristigen Eingliederung der Ukraine in die EU muss der Westen umgehend ökonomische und soziale Hilfe ohne Vorbedingungen und ohne das neoliberale Diktat des IWF leisten.

Verhandlungen, Gespräche, Mediation und zivile Konfliktbearbeitung sind das Gebot der Stunde. Wir brauchen keinen Abbruch von Gesprächen, wie die unverantwortliche Unterbrechung der G8 Vorbereitung, sondern mehr Kontakte, gerade auch mit Russland. Wir treten ein für einen Sondergipfel der OSZE, auf der Maßnahme der zivilen Konfliktbearbeitung im Mittelpunkt stehen müssen.

Wir setzen uns darüber hinaus ein für eine internationale Mediatorengruppe bestehend aus Friedens- und alternativen Nobelpreisträgern wie Kofi Annan, Maquire, Esquivel, Judy Williams und Paul Walker, aber auch Organisationen wie IPB und IPPNW, die umgehend Gespräche mit allen aufnehmen und einen sofortigen Stopp aller militärischen Aktivitäten vereinbaren. Das Kalte Kriegs Gerede sowohl der USA als auch Russlands ist kontraproduktiv, einer von den europäischen Regierungen gewünschten diplomatischen Lösung zum Durchbruch zu verhelfen. Die NATO hat in der Ukraine nichts zu suchen.

Die globale Zangenstrategie der NATO gegen Osten muss ebenso gestoppt werden wie die Stationierung der westlichen Raketenabwehr.

Unsere Solidarität gilt allen Menschen, die Aktionen gegen den Krieg in Moskau, in Kiew auf der Krim und überall organisieren. Die Kriegsgegner in Russland und der Ukraine, deren Verfolgung und Kriminalisierung wir verurteilen, müssen durch vielfältige Aktionen und Proteste auch in unserem Land unterstützt werden.

Auch 100 Jahre nach dem 1. Weltkrieg gilt: Frieden kann nur durch das Handeln der Menschen gesichert und erreicht werden. Gerade unsere Regierung ist aufgefordert, statt deutsche Großmachtinteressen in der Ukraine zu praktizieren und damit zur weiteren Verschärfung des Konfliktes beizutragen, in der Tradition von Gustav Heinemann und Willy Brandt alles zu tun, dass sich durch das Primat der Diplomatie, Ausgleich und Versöhnung, Verhandlungen und zivile Konfliktbearbeitung durchsetzen.

Die Sprecher der Kooperation für den Frieden: Reiner Braun, Jens-Peter Steffen, Lucas Wirl
Berlin, 3.3.2014

Pressekontakt:

- Reiner Braun (IALANA), Tel. 030 / 20 65 48 57
- Jens-Peter Steffen (IPPNW), Tel. 030 / 69 80 74 13



Friedensbewegung gegen Sanktionen

Wer das Völkerrecht bricht, darf sich nicht wundern, wenn andere dasselbe tun

Was beim Kosovo Recht war, soll bei der Krim Unrecht sein?

Pressemitteilung des Bundesausschusses Friedensratschlag

Kassel, 17. März 2014 - In einer Pressemitteilung weist der Bundesausschuss Friedensratschlag die Empörung des Westens über das "illegale" Referendum auf der Krim zurück. Die Empörung ist nicht glaubhaft und fällt auf die Empörten zurück, erklärte ein Sprecher der Friedensbewegung.

In ähnlich lautenden Erklärungen weisen Bundesregierung, EU und NATO das gestrige Referendum auf der ukrainischen Halbinsel Krim zurück. Es hatte das erwartete Abstimmungsergebnis gebracht: Die überwiegende Mehrheit der Bewohner der Krim wollen nicht mehr der Ukraine angehören und wünschen eine Aufnahme in die Russische Föderation.

Das Referendum verstoße sowohl gegen die geltende ukrainische Verfassung und gegen das Völkerrecht, betont die Bundesregierung. Genauso ist es. Das gibt der Bundesregierung aber noch längst nicht das Recht, moralisch entrüstet zu sein und mit verschärften Sanktionen gegen Russland zu drohen.

Für völkerrechtswidrige Interventionen sind seit Jahr und Tag NATO und die Bundesregierung zuständig. Der NATO-Krieg gegen Jugoslawien 1999, der sich in diesen Tagen zum 15. Mal jährt, war eine vom Völkerrecht untersagte Aggression. Diese endlich auch als solche benannt zu haben, ist das leider sehr späte Verdienst von Altkanzler Schröder. Völkerrechtswidrig war auch die einseitige Unabhängigkeitserklärung der serbischen Provinz Kosovo im Frühjahr 2008: Sie widersprach der zweifelsfreien Zugehörigkeit des Kosovo zu Serbien (was nach dem NATO-Krieg in der Resolution 1244 [1999] des UN-Sicherheitsrats ausdrücklich bestätigt worden war) und setzte sich über die Verfassung des serbischen Staates hinweg. Dennoch hatte die Bundesregierung nichts Eiligeres zu tun, als den illegal entstandenen "Staat" Kosovo diplomatisch anzuerkennen.

In einer Erklärung der Bundesregierung zur Abspaltung des Kosovo vom 20. Februar 2008 hieß es freudig:

"Das Bundeskabinett hat heute der völkerrechtlichen Anerkennung der Republik Kosovo sowie der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zugestimmt. Die förmliche Anerkennung sowie die Erklärung der Bereitschaft zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen erfolgen durch ein Schreiben des Bundespräsidenten an den kosovarischen Präsidenten." (...) "Die Bundesregierung ist zusammen mit einer Vielzahl von Partnern in der EU, aber auch darüber hinaus der Überzeugung, dass eine rasche Anerkennung der Republik Kosovo durch eine möglichst große Anzahl von Staaten geeignet ist, dauerhafte Stabilität für die gesamte Region zu fördern."

Die Unabhängigkeitserklärung der Krim heute ist verfassungs- und völkerrechtlich nicht

anders einzustufen als die Abspaltung des Kosovo. Die Reaktion in Berlin fällt allerdings ganz anders aus:

"Dieses Referendum widerspricht der Verfassung der Ukraine, und es widerspricht internationalem Recht", sagte Seibert. 'Es ist aus unserer Sicht illegal.' Deutschland verurteilt die Abhaltung dieser unrechtmäßigen Abstimmung. 'Wir und unsere europäischen Partner bestreiten nicht nur die Rechtmäßigkeit dieser Abstimmung; wir werden auch ihr Ergebnis nicht anerkennen', fuhr Seibert fort."

Die alten Lateiner würden dazu sagen: Quod licet Jovi non licet bovo - Was der Westen darf, darf Russland noch lange nicht.

Die Friedensbewegung tut gut daran, im Konflikt um die Ukraine nach den Ursachen und den Nutznießern zu fragen. Die Ukraine war schon lange im Visier von NATO und EU. Das EU-Assoziierungsabkommen sollte das Land dem russischen Einflussbereich entziehen und vollständig den neoliberalen Marktbedingungen des Westens unterwerfen - mit all den (un)sozialen Folgen, die wir heute in Ländern wie Bulgarien, Rumänien oder Griechenland beobachten. Der Westen fragt da auch nicht, welche Kräfte in Kiew politisch das Sagen haben, über welchen Einfluss rechtsextreme und faschistische Organisationen auf die Regierung und den Staatsapparat sowie auf Polizei und Armee verfügen.

Der Friedensratschlag bleibt dabei: Die russlandfeindlichen Provokationen in der Ukraine wurden vom Westen aktiv unterstützt und mitgetragen. Der Westen wollte die Ukraine ganz - und regt sich nun darüber auf, dass die Krim nicht mitspielt. Sanktionen gegen Russland sind fehl am Platz. (Hat man je gehört, dass Russland auf die Abspaltung des Kosovo mit Sanktionen gegen den Westen gedroht hätte?) Eine Beruhigung der Lage am Schwarzen Meer wird es nur geben, wenn der Westen die Sicherheitsinteressen Russlands anerkennt, auf die militärische Eingliederung der Ukraine in NATO und EU verzichtet und von der Übergangsregierung in Kiew eine klare Distanzierung von den rechtsradikalen und faschistischen Elementen verlangt.

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag:
Peter Strutynski

atomwaffenfrei.

 **jetzt**

➔ **Verbot und Vernichtung aller Atomwaffen - weltweit.**

➔ **Keine Modernisierung von Atomwaffen**

➔ **Abzug der Atomwaffen aus Deutschland**



Die Krise in der Ukraine und die atomare Gefahr

Veröffentlicht: 17/03/2014

Quelle: The Huffington Post/ www.huffingtonpost.de

Nach dem Zerfall der Sowjetunion war die Ukraine für kurze Zeit der drittgrößte Atomwaffenstaat. Dort lagerten über 5.000 Atomsprengköpfe. Die Ukraine gab ihre Atomwaffen auf - wie auch Weißrussland und Kasachstan. Parlament und Präsident stimmten 1994 dem Abtransport der Atomwaffen nach Russland zu.

Mancher Kommentator fragt heute, ob die Ukrainer diese Entscheidung in der gegenwärtigen Krise bereuen. Das Beispiel Nordkorea lehre, dass ein Land durch seine Atomwaffen gegen jede Art von Invasion immunisiert sei. Der Verzicht auf Atomwaffen räche sich, wie die Beispiele Irak oder Libyen zeige. Ob das wirklich stimmt, ist die Frage.

Stellen wir uns vor, in der Ukraine würden noch Atomsprengköpfe lagern. Die Situation wäre noch um einiges gefährlicher. Könnten in einer solchen Krisensituation die Atomwaffen genügend gesichert werden, um nicht in die Hände gewaltbereiter Gruppierungen zu gelangen?

Dem Abgeordneten Mikhail Golovko der rechtsradikalen Svoboda-Partei wäre es recht, wenn die Ukraine über Atomwaffen verfügen würde. Er hat nach einer Meldung von Russia Today gar gefordert, dass die Ukraine ihr kerntechnisches Wissen nutzen sollte, um Atomwaffen zu bauen. Die Svoboda-Partei ist übrigens ein Teil der Opposition, die von der EU unterstützt wurde und noch wird.

Aber auch die ukrainischen Atomkraftwerke sind ein Gefahrenpotential in einer solchen Krisensituation. Sie könnten als Ziele für Anschläge dienen. Ebenso gefährlich ist, dass das momentane Chaos in der Ukraine einen geordneten Betrieb der Anlagen gefährdet und zu einem Atomunfall in einem der Atomkraftwerke führen könnte.

Wir sollten also froh sein, dass die Ukraine atomwaffenfrei ist. Die Krise würde sonst noch unkalkulierbarer. Darüber hinaus wäre die Situation weniger gefährlich, wenn keine der Konfliktparteien Atomwaffen hätte - auch nicht die USA und Russland. Russlands Drohung, als Reaktion auf Sanktionen keine Atomwaffeninspektionen mehr zuzulassen, greift die internationalen Sicherheitsstrukturen an. Sie weist in die falsche Richtung.

Anstatt auf Kooperation zu setzen, bauen alle Seiten weitere Drohkulissen auf, die scharfen Töne werden immer lauter. Die sich verschlechternden Beziehungen zwischen dem Westen (EU, NATO, USA) und Russland sind für weitere Abrüstungsbemühungen ein immer größeres Hindernis. Diese Entwicklung muss dringend gestoppt werden. Deutschland sollte vermittelnd in dieser Krise tätig werden und dafür sorgen, den Dialog zwischen allen Seiten wieder in Gang zu setzen.

Die internationale Gemeinschaft muss die richtigen Schlüsse aus der Krise ziehen. Das Verbot aller Atomwaffen gehört auf ihre Tagesordnung und muss umgesetzt werden, damit in zukünftigen Krisen niemand mehr auf die nukleare Karte setzen kann. Genau jetzt ist es wichtig, dass Deutschland sein im Koalitionsvertrag festgehaltenes Ziel einer atomwaffenfreien Welt Ernst nimmt und sich dafür bei der dritten Konferenz zu humanitären Auswirkungen von Atomwaffen im Herbst 2014 in Wien mit Nachdruck einsetzt.

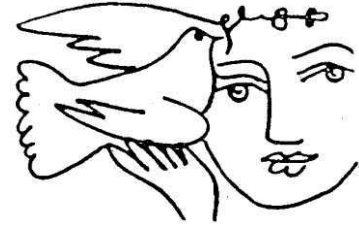
Wolfgang Schlupp-Hauck, Sprecher der Kampagne „atomwaffenfrei.jetzt“

Verhandeln ist besser als Schießen

Aus Einmischung kann Krieg werden

Friedensbewegung:

Nicht Russland, der Westen ist das Problem



Stellungnahme des Bundesausschusses Friedensratschlag zur bedrohlichen Entwicklung in und um Ukraine

"Wenn es um den Schutz von Menschen geht, ist reden allemal besser als schießen!"

Dr. Michael Bothe, Professor em. für Völkerrecht, SZ, 6. März 2014

Führende Politiker/innen aus NATO, EU und Bundesregierung tun so, als gäbe es erst mit den militärischen Maßnahmen Russlands ein Problem in der Ukraine; als bedrohe die Verstärkung der russischen Schwarzmeerflotte auf der ukrainischen Halbinsel Krim den Frieden in der Region und in Europa; als würde die Anwesenheit russischer Streitkräfte und die Übernahme bestimmter öffentlicher Ämter in einigen mehrheitlich von Russen besiedelten Städten der Südostukraine den Gewaltkonflikt im Land verschärfen.

Ein solches Schwarz-Weiß-Denken führt in die Irre. Es war der Westen - allen voran die Bundesregierung und die Kommission der Europäischen Union sowie die US-Administration -, der seit Jahren mit allen Mitteln ökonomischer und politischer Erpressung versucht, die Ukraine aus dem Einflussbereich Russlands herauszulösen, mittels des Konzepts der „Östlichen Partnerschaft“ den Marktbedingungen der EU unterzuordnen und an die militärischen Strukturen der NATO anzugliedern. Entsprechend groß war die Enttäuschung der EU, als der ukrainische Präsident Janukowitsch das Assoziierungsabkommen mit der EU in letzter Minute aussetzte und als Alternative dazu den Beitritt zur Zollunion der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft empfahl. Die Annäherung an die EU war in der Bevölkerung der Ukraine populär, weil sie sich davon – wahrscheinlich zu Unrecht - einen wirtschaftlichen Aufschwung erhoffte. Gegen eine stärkere Ostorientierung machten sofort antirussische Kräfte in der Ukraine mobil, die sich auf einen großen Teil der Bevölkerung in der wirtschaftlich rückständigen Westukraine stützen konnten.

Die Bundesregierung stilisierte den innerukrainischen Streit um die richtige außenwirtschaftliche Orientierung zu einem Kampf zwischen zwei Optionen: einer Westorientierung, verbunden mit einer Entscheidung für Demokratie, Freiheit, Menschenrechte und Wohlstand, auf der einen Seite, und einer Ostorientierung, gleichbedeutend mit Abhängigkeit, Unfreiheit und wirtschaftlicher Misere, auf der anderen Seite. Dabei liegt es auf der Hand, dass die Zerschlagung der ökonomischen Verbindungen zwischen der Ukraine und Russland zu einer weiteren Verarmung aller Teile der Ukraine und ihrer Bürger/innen führen würde. Umgekehrt würde der Großteil der ukrainischen Bevölkerung bei einer reinen Westbindung oder gar „Integration“ in die EU unter dem Diktat des Internationalen Währungsfonds und der EU-Troika mehr verlieren als gewinnen. Ein Blick in die „Transformations“-Gesellschaften Bulgariens und Rumäniens sollte Warnung genug sein.

Der Westen scheute sich auch nicht, sich von Anfang an demonstrativ hinter die Opposition in Kiew zu stellen – ohne zu fragen, wer denn diese Opposition bildet. Ein auch nur oberflächlicher Blick auf die Zusammensetzung der Opposition und auf die Wortführer und Organisatoren der Proteste auf dem Maidan hätte zu Tage gefördert, dass die rechts-nationalistische Partei „Svoboda“ und der militant und sehr bald auch bewaffnet auftretende „Rechte Sektor“ den Ton angaben und die Richtung der Proteste bestimmten. Ihr Anführer Dimitri Jarosch hat zwei Jahrzehnte lang bewaffnete Nationalisten ausgebildet, so dass sein „Rechter Sektor“ über mehrere Tausend bewaffnete Kämpfer verfügt. Er ruft zum „nationalen Befreiungskrieg“ und für die „Entrussifizierung der Ukraine“ auf (Spiegel online, 03.03.2014). Diese Kräfte kaperten eine anfänglich von friedlich gesinnten Demonstranten beherrschte Bewegung, besetzten Rathäuser und zuletzt auch das Parlament und den Regierungssitz des Präsidenten und unterliefen alle Versuche zur Mäßigung und zu einem Kompromiss. Auch die durch die EU vermittelte Vereinbarung zwischen dem amtierenden Präsidenten Janukowitsch und der Opposition (vertreten durch Klitschko, Janzenjuk und Tjagnibok) wurde von den Rechtsradikalen nicht akzeptiert: Sie bestanden darauf, den Präsidenten davonzujagen und drohten mit weiterer Gewalt, wenn ihre radikalen Forderungen nicht erfüllt würden. Der Präsident flüchtete aus dem Land und tauchte später in Russland wieder auf. Er gab an, dass sein Fahrzeug beschossen worden sei.

In der Folge wurde – unter Umgehung der ukrainischen Verfassung und unter dem Druck des Maidan – eine neue Regierung installiert. Allein schon ihre mangelnde Legitimität macht es Russland leicht, den Dialog mit ihr abzulehnen. Bedeutender noch: In ihr hat eine Reihe rechtsradikaler und antirussischer Nationalisten wichtige Ministerien und Funktionen erhalten: Oleksandr Sytsch (stellv. Vorsitzender der rechtsextremen Partei „Svoboda“) wurde Vizepremierminister; Andrej Parubi (er kommandierte die bewaffneten Kräfte auf dem Maidan) wurde Vorsitzender des ukrainischen Sicherheitsrates und verkündete am 1. März die „allgemeine Mobilmachung“; seit Anfang März ist der militante Rechtsradikale Dimitri Jarosch sein Stellvertreter; Oleg Machnitski wurde zum Generalstaatsanwalt ernannt. Als Anwalt verteidigte er seiner Zeit den Vorsitzenden von „Svoboda“, Oleg Tjagnibok, der wegen einer antisemitischen Hetzrede („Die Ukraine wird von einer jüdisch-Moskauer Mafia regiert“) vor Gericht stand. Agrarminister wurde schließlich „Svoboda“-Mitglied Igor Schwaika. Somit war klar, dass die Bestimmung im Sechs-Punkte-Plan vom 21. Februar, wonach eine Entwaffnung der oppositionellen Kampfverbände binnen 48 Stunden erfolgen sollte, nicht einmal ansatzweise in Angriff genommen wurde.

Auch die ersten „Amtshandlungen“ des Parlaments – das unter der bedrohlichen „Beobachtung“ der rechten Szene stand – ließen nichts Gutes erahnen: So wurde das liberale Sprachengesetz abgeschafft, das sprachlichen Minderheiten das Recht auf eine zweite Amtssprache gab, wo die Bevölkerung einer Region zu mehr als 10 Prozent nicht ukrainisch spricht (was in vielen Distrikten der Süd- und Ostukraine der Fall ist, hier wird vielfach russisch gesprochen). Und – fast noch alarmierender – es wurde das Verbot faschistischer Propaganda aufgehoben. Man stelle sich nur einmal vor, hier zu Lande würden nationalsozialistische Schriften, Embleme usw. wieder frei zugelassen! Man stelle sich weiter vor, bewaffnete Rechtsradikale besetzten Rathäuser, Gerichte, Büros der früheren Regierungsparteien, machten Jagd auf unliebsame Politiker und bedrohten anderssprachige oder jüdische Bürger/innen! Israel hat zum Schutz jüdischer Bürger ein Team nach Kiew geschickt, um ukrainische Juden in Selbstverteidigung zu trainieren.

Als Antwort auf die faschistische Gefahr und die antirussischen Ausschreitungen will denn auch Russland seine militärischen Maßnahmen auf der Insel Krim verstanden wissen. Russland verfügt dort (in Sewastopol) über einen vertraglich vereinbarten, strategisch wichtigen Flottenstützpunkt, der die Präsenz ihrer Schwarzmeerflotte sowie bis zu 25.000 Militärangehörigen erlaubt. Hinzu kommt die Erlaubnis zur Unterhaltung von 24 Artilleriesystemen, 132 gepanzerten Fahrzeugen und 22 Militärflugzeugen. Daneben hat Russland zwei Luftwaffenstützpunkte (in Kacha und Gwardeysky). Der Beschluss des russischen Parlaments, zum Schutz „unserer Landsleute und der Angehörigen der Einheiten der russischen Streitkräfte“ notfalls „bewaffnete Truppen“ auf dem Territorium der Ukraine einzusetzen, „bis die soziale und politische Situation in diesem Lande sich normalisiert hat“, geht eindeutig über das Stationierungsabkommen hinaus. Insbesondere wären alle Maßnahmen – auch wenn sie im Einvernehmen mit der Mehrheit der Bevölkerung auf der Krim getroffen würden – rechtswidrig, die auf eine einseitige Lostrennung der Krim oder anderer Regionen aus dem ukrainischen Staatsverband hinausliefen. Nach der Charta der Vereinten Nationen ist eine Sezession unzulässig, es sei denn sie beruht auf einer einvernehmlichen Regelung der betroffenen Parteien – in diesem Fall also der Gesamt-Ukraine. Die Trennung Tschechiens und der Slowakei oder die Unabhängigkeit Südsudans waren Beispiele erlaubter „Sezessionen“. Die einseitige Unabhängigkeitserklärung der serbischen Provinz Kosovo dagegen war völkerrechtswidrig, weil sie gegen den Willen Serbiens erfolgte.

Für problematisch halten wir auch das Argument Moskaus, Truppen zum „Schutz“ der Bevölkerung stationieren zu können. Es gibt kein Recht auf eine „humanitäre Intervention“ und die Friedensbewegung hat oft genug gegen so oder ähnlich begründete Militäraktionen Position bezogen (z.B. NATO-Krieg gegen Jugoslawien, Afghanistan-Krieg, Irakkrieg, Luftkrieg gegen Libyen, Frankreichs Krieg in Mali). Wir werden das auch im Fall einer militärischen Invasion Russlands in der Ukraine tun, die über den rechtlich erlaubten Rahmen auf der Krim hinausgeht. Wir weisen aber ausdrücklich darauf hin, dass die russischen Maßnahmen nur vor dem Hintergrund der massiven Einmischung des Westens in die inneren Angelegenheiten der Ukraine und der Gewalteskalation in Kiew zu verstehen sind. Nach Aussage des estnischen Außenministers Urmas Paet kommen die Hintermänner der Scharfschützen, die auf dem Maidan Dutzende von Menschen gezielt getötet haben (und zwar gleichermaßen Anhänger der Opposition und der amtierenden Regierung) aus ihren Reihen. Wenn deutsche, US-amerikanische oder polnische Politiker die Antiregime-Demonstrationen auf dem Maidan unterstützten, wenn der CIA in Kiew Oppositionspolitiker anheuerte, wenn NATO und EU von Beginn an auf einen Regimewechsel hingearbeitet haben, wenn Milliarden Dollar investiert wurden, um die Ukraine aus ihrer historischen Beziehung zu Russland heraus zu reißen, wenn schließlich die illegalen Maßnahmen des ukrainischen Parlaments (von der Absetzung des gewählten Präsidenten bis zur Annullierung des Sprachengesetzes) kommentarlos hingenommen und zu den faschistischen Umtrieben geschwiegen wird: Dann hat der Westen jede Glaubwürdigkeit verloren, die Maßnahmen Russlands unter Bezugnahme auf das Völkerrecht zu kritisieren und sie zu einer internationalen Krise erster Ordnung aufzubauschen.

Dem Kriegsgeschrei halten wir entgegen: Kein Krieg!

In der hochexplosiven gegenwärtigen Lage sollen multilaterale Gespräche und Verhandlungen über alle die Ukraine betreffenden Fragen auf Grundlage der Prinzipien der OSZE als einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit geführt werden. Dabei kommt der Bundesregierung, die durch ihre permanente Einmischung in die Angelegenheiten der Ukraine wesentlich zur gegenwärtigen Krise beigetragen hat, besondere Verantwortung zu.

Bei solchen Verhandlungen könnten die folgenden Vereinbarungen erzielt werden:

- Eine Beteiligung rechtsextremer und faschistischer Kräfte an der ukrainischen Übergangsregierung ist auszuschließen. Die faschistischen Kräfte in der Ukraine sind zu entwaffnen. Die Morde durch Scharfschützen auf dem Maidan werden von unabhängiger Seite untersucht.
- Jede einseitige Maßnahme zur Sezession der Krim oder anderer Landesteile der Ukraine ist zu stoppen. Sezessionen könnten nur einvernehmlich erzielte Ergebnisse eines gesamt-ukrainischen Prozesses sein, der auch die Rechte und Interessen von Minderheiten (z.B. der Tartaren auf der Krim) wahrt.
- Die Beziehungen Russlands und der Ukraine sind besonderer Art. Die NATO nimmt die Sicherheitsinteressen der Russischen Föderation genauso ernst wie die der Ukraine.
- Die Bündnisfreiheit der Ukraine ist von allen Konfliktparteien zu akzeptieren.
- Die ukrainische Übergangsregierung stoppt die Mobilmachung der Streitkräfte, die russische Regierung hält das Abkommen über die Krim ein und USA und EU stellen die Sanktionen gegen Russland ein. Russland nimmt die Interventionsdrohung gegen die Ukraine zurück.
- Sämtliche Rüstungsexporte aus dem EU-Raum nach Russland und in die Ukraine werden gestoppt.

Von der Bundesregierung erwarten wir darüber hinaus:

- die Beendigung der antirussischen Kampagne,
- den Stopp des Aufbaus des sog. Raketenschirms auf deutschem Boden, der von Russland nur als Bedrohung betrachtet werden kann.

Verhandeln ist besser als schießen.

Bundesausschuss Friedensratschlag, 9. März 2014

Kassel, Berlin, Frankfurt, Dortmund, Hamburg, Nürnberg

Bundesausschuss Friedensratschlag

Germaniastr. 14, 34119 Kassel, Tel.: 0561/93717974

e-mail: Bundesausschuss.Friedensratschlag@gmx.net

www.ag-friedensforschung.de

Spenden: Friedensratschlag, Kt.Nr. 217 001 232; Kasseler Sparkasse, BLZ 520 503 53